

8. Fazit: Leben in der Risikodemokratie

Wir sind am Ende unserer knapp zweijährigen ethnografischen Untersuchung über riskante Politisierungen in Chemnitz angekommen. Auch für uns als Forschende geht damit eine sehr intensive wissenschaftliche Reise zu Ende – es ist schon eine besondere Herausforderung, wenn man selbst Teil ist dessen, was man untersucht; und es ist auch etwas anderes, wenn die eigene Forschung einmal nicht indirekt und potenziell, sondern unmittelbar in das (politische) Geschehen involviert ist. So haben wir im Verlauf der Studie nicht nur etwas über Chemnitzer Verhältnisse oder demokratische Politik gelernt, sondern mussten uns auch immer wieder kritisch mit der eigenen Praxis wissenschaftlicher Erkenntnisuche auseinandersetzen: Wie lässt sich die eigene Tendenz zur Essenzialisierung, die auf den Wegen durch die Stadt immer wieder zum Vorschein kommt – in Form eines misstrauischen Lauerns etwa, oder in Form des hartnäckigen Drangs, etwas zu entlarven –, im Zaum halten und vielleicht sogar produktiv wenden? Und wie kann, umgekehrt, Erkenntnis aussehen, wenn sie weder im Gewand eindeutiger und absoluter Ursachenzuschreibungen daherkommen noch in bloße Dekonstruktion münden soll? So wenig neu diese Fragen sind, so sehr stellen sie die Wissenschaft auch aktuell noch vor große Herausforderungen. Unsere anti-essenzialistisch angelegte Studie über den Fall Chemnitz kann auch als Beitrag zur fortlaufenden Suche nach Antworten genau darauf gelesen werden.

In dieser Untersuchung sind wir, auf der Basis der Auseinandersetzung mit analytischen Geschichten rund um Politisierung und Entpolitisierung, insbesondere zwei Leitfragen nachgegangen: Wie wird eine ganze Stadt im Anschluss an das Verbrechen im Spätsommer 2018 zum Risikogebiet? Und was bedeutet die Präsenz riskanter Politisierungen und Entpolitisierungen darüber hinaus für die Demokratie, in der wir leben? Abschließend rekapitulieren wir unsere Antworten auf diese Fragen.

8.1 Der Fall Chemnitz: Wie eine ganze Stadt zum politischen Risikogebiet werden konnte

Der Schlüssel zu einer Antwort auf die Frage, wie Chemnitz im Sommer 2018 zum Risikogebiet werden konnte, findet sich aus unserer Sicht – wenig überraschend vielleicht – im Verhältnis der Stadt zum Politischen. Konträr allerdings zu vielen gängigen Diagnosen verorten wir das Problem dabei gerade nicht in einer robusten und dauerhaften (rechtsradikalen) Politisierung der Chemnitzer Bevölkerung. Stabile rechtsradikale oder gar rechtsextreme Netzwerke sind hier zwar ohne Zweifel ein bedeutsamer Faktor und ermöglichen jene blitzartige Mobilisierung, die am 26. August 2018 sowie in den folgenden Tagen zu beobachten ist. Sie erklären aber noch nicht die städtische Permissivität gegenüber radikal rechten Politisierungen, sagen also noch nichts darüber aus, wie es in den vergangenen Jahrzehnten überhaupt zur Etablierung derartiger Netzwerke kommen konnte und wie dann 2018 die so rasante Ausbreitung der radikalen Rechten in der Chemnitzer Öffentlichkeit möglich war. Eine solche Erklärung liefert erst die Einsicht: dass sich Chemnitz eben nicht durch eine umfassende und allgemeine Politisierung auszeichnet, sondern dass sich im Gegenteil in der Stadt mehrheitlich offenbar eine bemerkenswert apolitische Haltung breit gemacht hat.

Wer mit der Erwartung nach Chemnitz kommt, ein offenes Krisengebiet zu betreten, der wird überrascht werden vom gewöhnlichen, ja, banalen städtischen Alltag. Denn tatsächlich ist Chemnitz eine Stadt, die in aller Regel »gut funktioniert« (vor allem für die Mehrheit der weißen Deutschen): die ökonomischen Rahmenbedingungen sind gut, Infrastrukturen sind intakt, die Versorgung mit allem Nötigen ist bei den meisten gesichert, der Immobilienmarkt ist ohnehin ein Paradies für Wohnungssuchende. Das Politische allerdings bleibt in diesem Alltag marginal, in Gesprächen manifestiert sich spürbar die Sehnsucht nach einer Normalität jenseits jeder Politik – man wünscht sich, von den Zumutungen des Politischen frei zu bleiben. Paradox genug ist es gerade diese apolitische Haltung (verwandt möglicherweise mit der privatistischen Innenorientierung, die etwa Steffen Mau mit den Erfahrungen der DDR in Verbindung bringt¹), die Chemnitz nach unserer Analyse zum politischen Risikogebiet macht: Wer versucht, sich jeder Politik nach Kräften zu enthalten, der ist jeglicher Form der Politisierung nur

1 Mau 2019.

umso schutzloser ausgeliefert. Die verhältnismäßig große Leere des öffentlichen Raums in Chemnitz steht sinnbildlich für die relative Verlassenheit der politischen Öffentlichkeit der Stadt.

Wir waren in diesem Buch von einem Politikbegriff »mit [3] K« ausgegangen – das Politische findet sich entsprechend überall dort, wo Phänomene der Kontingenz, des Konflikts und der Kollektivität zusammentreffen: wo sich also an kontingenten Perspektiven auf die Welt Konflikte zwischen Kollektiven entzünden. Die apolitische Haltung, auf die wir in Chemnitz treffen, lässt sich entlang dieser drei Elemente des Politischen noch näher charakterisieren – in allen drei Dimensionen drückt sie sich in Enthaltung aus.

Erstens enthält man sich hier weitgehend der aktiven *Kollektivität*. Das soll keineswegs heißen, dass Chemnitzer*innen nicht gemeinschaftsorientiert wären, damit läge man sicherlich unerhört falsch. Gemeint ist lediglich, dass man hier den Anschluss an kollektive Positionierungen in weiten Teilen nicht aktiv sucht und sich gegen Vereinnahmungen durch Kollektive, egal von welcher politischen Seite, gerne sträubt. Das ist auch der Grund, warum »die Mitte« – auf der andernorts die Hoffnungen demokratischer Gemeinwesen so stark lasten – in Chemnitz weitgehend unbestimmt, amorph und flüchtig bleibt. In ihrer politischen Apathie lässt sich mit dieser »Mitte« nicht rechnen, politisch gesehen wird sie zur Risikogruppe. Damit erscheint sie uns mindestens so bedeutend (und auf jeden Fall größer) als jene Gruppierung, die selbst mit (essenzialisierenden) Kollektivierungen bekanntermaßen keinerlei Probleme hat und auf der in Chemnitz sonst so häufig die gesamte Aufmerksamkeit ruht: die radikale Rechte. In unserer Studie jedenfalls hat sie einmal nicht im hauptsächlichen Fokus gestanden.

Zweitens werden sichtbar hervortretende gesellschaftliche *Kontingenzen* häufig als Belastung empfunden. Hannah Arendt begreift Politik gerade deshalb als genuine Praxis der Freiheit, weil sich auf politischem Wege das kontingente, also immer auch anders mögliche Zusammenleben der Menschen neu gestalten lässt. Ein solches Verständnis von Freiheit liegt in Chemnitz jedoch eher fern – frei scheint man sich hier weit mehr denn zu fühlen, bleibt man vom langwierigen und konfliktbehafteten Ringen um kontingente Perspektiven auf die Welt unbehelligt. Freiheit bedeutet so verstanden Freiheit *von* Politik, wie bereits Arendt festhält (und kritisiert).² Vielleicht nehmen wir des-

2 Arendt 1993: 36.

halb in dieser alten Industriestadt – ob in Gesprächen auf den Straßen oder in den Kommentarspalten des Internet, ob von rechtsradikaler oder politisch unauffälliger Seite, oder auch vonseiten der Gegenbewegungen – gerade einen großen Drang zur Eindeutigkeit wahr, eine Sehnsucht nach einem Standpunkt jenseits von Ambivalenz und Mehrdeutigkeit. In diesem Sinne können wir vom Irrelevantwerden von Wahrheit als zentralem gesellschaftlichen Bezugskriterium – wie es im Zusammenhang mit der Rede vom »postfaktischen Zeitalter« häufig heißt³ – in Chemnitz nur wenig spüren. Im Gegenteil: Um offenbar als Bedrohung empfundenen Kontingenzen zu entkommen, stellt man sich nur umso entschlossener auf einen Standpunkt der eindeutigen Wahrheit – die Bestimmung des vermeintlich »normal Menschlichen« ist dafür nur ein häufig wiederkehrendes Beispiel. Wieder hat die Sache etwas Paradoxes: Gerade eine solche Sehnsucht nach Eindeutigkeit, die doch darauf zielt, das Politische stillzulegen, erschwert die Verständigung jenseits absoluter Positionen – und leistet damit einen Beitrag zur Zementierung politischer Polarisierung. Wenn aber die Kontingenz verdrängt wird, wird auch auf die Gestaltung des politischen Gemeinwesens verzichtet.

Drittens versucht man gerne, sich öffentlichen *Konflikten* zu entziehen. So, wie Kontingenzen offenbar häufig als Belastung erlebt werden, so nehmen wir auch das Verhältnis der Chemnitzer*innen zu Konflikt als eher auf Vermeidung ausgerichtet wahr – man wünscht sich reibungsloses, unaufgeregtes Zusammenleben anstelle der Disruptionen und performativen Polarisierungen, die häufig mit sozialen Auseinandersetzungen einher gehen. Die Ablehnung gegenüber Konflikten ist dabei gerade nicht so sehr inhaltlich bestimmt: Es wird kein grundsätzlicher Unterschied gemacht zwischen der einen Konfliktpartei, die bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen systematisch abwertet, und der anderen, die sich genau dem entgegenstellt. Wenn aber kein inhaltlicher Unterschied mehr gemacht und darüber hinaus versucht wird, den Konflikt stillzustellen, dann liegt es nur allzu nahe, in gleichgültiger Äquidistanz zu den dann gleichermaßen als »Störenfriede« erscheinenden Lagern der radikalen Rechten und der Gegenbewegungen zu verharren. Anstelle eines weitgeteilten »Das wollen wir nicht!« gegenüber der radikalen Rechten kommt es dann zur politischen Enthaltung, die zuallererst ebenjener Rechten nützt.

3 McIntyre 2018.

Eine derart ausgeprägt apolitische Haltung, wie wir sie in Chemnitz beobachten, geht nicht nur mit einem Rückzug ins Private, sie geht auch mit einem Rückzug auf die eigene Wahrnehmung einher. In dem Ausmaß nämlich, wie man öffentliche Stellungnahmen und Auseinandersetzungen als zermürbend und unlauter erlebt, misstraut man den politisch angebotenen Deutungsformeln und sucht sein Heil in der vermeintlichen Fraglosigkeit der eigenen Erfahrungen in der Welt. Wie sehr jedoch auch die individuelle Wahrnehmung vom gesellschaftlichen Kontext, von den politischen Verhältnissen geprägt und somit keineswegs so neutral und objektiv ist, wie wir es uns wünschen würden, das ist uns im Verlauf dieser Studie immer wieder vor Augen geführt worden: in der problematischen Tendenz zur lauernden Wahrnehmung, die nur darauf wartet, ihre Vorannahmen bestätigt zu finden; in der durch bloße Vertrautheit induzierten Verschiebung von Wahrnehmungen der Normalität (etwa im Fußballstadion); in dem Umstand, dass Deutungsweisen häufig bereits dann als fraglos wahr wahrgenommen werden, wenn sie nur ein Moment des Wahren enthalten; und in der Versuchung, an als fremd und abweichend erlebten Wahrnehmungen (Haut- und Haarfarbe hatten wir dazu diskutiert) absolute soziale Unterschiede festzumachen. Was vor diesem Hintergrund – ähnlich der Einsicht in die politische Wirkung politischer Apathie – denkbar wird: dass gerade die Überzeugung von der Neutralität der eigenen Erfahrungen in der Welt das Einsickern von Elementen radikal rechter Sichtweisen erleichtert – weil ihre Anzeichen unter der Wahrnehmungsschwelle bleiben.

In einem solchen Rückzug auf sich selbst und die eigenen Erfahrungen liegt damit sowohl eine große Stärke als auch eine empfindliche Schwäche begründet. Einerseits setzt dieser Rückzug, setzt die politische Enthaltung gewisse kritische Potenziale frei, indem man Deutungsvorgaben von außen skeptisch gegenübersteht, Behauptungen der Vormachtstellung nicht ohne weiteres gelten lässt und ein Gefühl für die Widersprüche entwickelt, die jeder Form der Politisierung inhärent sind. Andererseits lastet mit einem solchen Rückzug auf das Eigene jedoch zugleich die enorme Notwendigkeit auf den Einzelnen, adäquate Kriterien für die Beurteilung komplexer gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse zu entwickeln – und überfordert sie damit unweigerlich. Wer nun glaubt, eine entsprechende Unterscheidungsfähigkeit ohne weiteres aus sich selbst heraus schöpfen zu können, läuft empfindlich Gefahr, enorme qualitative Sprünge zwischen den Politisierungsweisen zu übersehen – und so tatsächlich nur allzu leicht radikal rechte mit demokratischer Politik zu verwechseln.

Hätte das, was in Chemnitz im Sommer 2018 passiert ist, *überall*, also in jeder (oder auch einfach: einer anderen) deutschen Großstadt passieren können? Es ist bezeichnend, dass gerade diese ausschließlich spekulativ zu beantwortende Frage immer wieder Aufhänger für Kontroversen rund um die Stadt (und auch unsere Forschungsergebnisse, wo wir sie vorstellen) ist. Es ist eine Frage mit eingebautem Gesinnungstest: Wer sie mit ja beantwortet, der wird in den Augen der einen als unverbesserlicher Relativierer dastehen; als jemand, der noch nicht gehört hat, was die Stunde schlägt und der die fundamental demokratiebedrohenden rechtsradikalen Strukturen und Politisierungen der Stadt verkennt. Wer auf diese Frage hingegen ein Nein erwidert, der erscheint in den Augen der anderen als jemand, der apodiktische Urteile fällt, nur das Schlechte in der Stadt sieht und ihr genau dadurch noch weiter schadet. Als Gesinnungstest funktioniert diese Frage gerade deshalb so gut, *weil* es keine eindeutige empirische Antwort auf sie geben kann. Mit Blick auf unsere eigene empirische Untersuchung können wir lediglich festhalten: Das, was wir in Chemnitz über das Politische erfahren und hier beschrieben haben, ist uns in Chemnitz ganz besonders aufgefallen. Doch nichts vom Beschriebenen kann man ausschließlich dort erleben, ist der Stadt also als Spezifikum und exklusiv zu Eigen. In diesem Sinne ist Chemnitz ein interessanter Fall, an dem sich nicht nur etwas über die Stadt im Besonderen, sondern auch etwas über das Politische in der Risikodemokratie der Gegenwart lernen lässt.

8.2 Risikodemokratie statt Todesfall

In diesem Sinne treten wir abschließend noch einmal einen Schritt zurück und blicken auf das große Ganze: den Zustand unserer Demokratie. Dazu geben die bisherigen Ausführungen auch reichlich Anlass. In unserer Beschreibung des Falls Chemnitz haben wir eine ganze Reihe demokratisch beunruhigender Momente versammelt, und aktuelle Zeitdiagnosen scheinen in eine deutliche Richtung zu weisen: Nach Jahren der Geschichten über die Entwicklung, den Fortschritt und die Fraglosigkeit der Demokratie (als »Ende der Geschichte«⁴), gewinnen nunmehr solche Bestandsaufnahmen die Oberhand, die einen dramatischen Abgesang anstimmen.⁵ Es droht der demokra-

4 Fukuyama 1992.

5 Dabei wird über die zuletzt wirkmächtige Formel der Postdemokratie noch hinausgegangen (zum Überblick einschlägiger Ansätze siehe Ritzi 2014).

tische Niedergang, dies suggerieren zumindest Titel wie »So endet Demokratie«⁶, »Der Zerfall der Demokratie«⁷ oder »Wie Demokratien sterben«.⁸ Es ist bezeichnend, dass solche Arbeiten allesamt um den (Rechts-)Populismus kreisen, also um ein ähnliches Bezugsproblem wie unsere eigene Studie. Nichtsdestotrotz schließen wir uns der Diagnose des Abgangs nicht an, denn unser zentraler Befund ist ein anderer: Es ist nicht vor allem die Anfechtung von außen, es ist im Gegenteil gerade der Erfolg der Demokratie im Inneren, der nun ihre eigenen Grundlagen gefährdet.⁹ Das, was Ulrich Beck vor gut 35 Jahren über den Prozess der Modernisierung im Allgemeinen geschrieben hatte, erkennen wir also in der gegenwärtigen Entwicklung von Demokratie wieder: sie wird reflexiv.¹⁰ Um dies sehen zu können, darf man (wie in den oben genannten Büchern häufig der Fall) den Blick allerdings nicht allein auf demokratische Kerninstitutionen, auf externe Bedrohungen oder den Erfolg demagogischer Führungspersönlichkeiten richten. Man muss ihn auf das konkrete (politische) Leben einer Gesellschaft lenken – so, wie wir das am Beispiel Chemnitz getan haben.

Mit dem Begriff der *Risikodemokratie* schließen wir explizit an Becks Überlegungen zur Risikogesellschaft an und erweitern sie zugleich.¹¹ Zwar interessiert sich auch Beck damals schon für das Schicksal von Demokratie. Doch im Fokus stehen bei ihm die gesellschaftlichen Nebenfolgen wissenschaftlich-technischen Fortschritts – die Prekarisierung demokratischer Prozesse erklärt er entsprechend durch dessen Auswirkungen. Mithilfe des Begriffs der Risikodemokratie (den Beck selbst nicht gebraucht hat) wird hingegen sichtbar, dass unser politisches System gegenwärtig nicht vor allem durch Anfechtung seiner Prinzipien durch ein (politisches, wirtschaftliches, technisches, wissenschaftliches) Außen aus den Fugen gerät. Im Gegenteil ist es

6 Runciman 2020.

7 Mounk 2018.

8 Levitsky/Ziblatt 2018.

9 Damit sind wir in puncto aktueller Zeitdiagnosen näher an Manow 2020, der eine Gleichzeitigkeit von Demokratisierung und Entdemokratisierung der Demokratie feststellt (ähnlich auch schon Beck 1986: S. 314). Seine ebenfalls auf den Populismus zielende Analyse konzentriert sich jedoch auf die Probleme des Repräsentativsystems, und damit weniger auf die uns hier interessierenden gesellschaftlichen Vorgänge.

10 Für eine Argumentation, die zur Erklärung der Corona-Proteste an Ulrich Becks Diagnose der Risikogesellschaft anschließt, siehe Amlinger/Nachtwey 2021.

11 Auch bei aktuellen und vielversprechenden Fortschreibungen gibt es keinen dezidierten Demokratiefokus, vgl. Römer/Boehncke/Holzinger 2020.

gerade die umfassende Durchsetzung jener demokratischen Prinzipien im Inneren, welche die etablierten Institutionen der Demokratie als zunehmend unzureichend erscheinen lässt. Einer der zentralen Mechanismen, durch die das geschieht, ist die gesellschaftliche Ausbreitung bzw. das *Allgemeinwerden demokratischer Ideen*. Wenn wir in Chemnitz beispielsweise beobachten, wie selbstverständlich Vertreter*innen rechtsradikaler Politik sich auf den Begriff der »Volkssouveränität« beziehen, wie sie sich als pflichtbewusste Gemeinschaft im Einsatz für demokratische (Rede-, Presse-, Freiheits-)Rechte darstellen, wie sie sich mit Vehemenz gegen den vermeintlichen Machtmissbrauch durch die Regierung (bzw. »die da oben«) wenden, so halten wir es für wichtig, dies nicht allein als Symptom des demokratischen Niedergangs zu interpretieren. Gerade die Selbstverständlichkeit, mit der selbst so demokratiefeindliche politische Tendenzen sich auf basale demokratische Ideen beziehen, spricht zunächst einmal für den enormen historischen Erfolg der letzteren – demokratisches Gedankengut ist, so gesehen, in der Tat allgemein geworden. Vor diesem Hintergrund ist die Risikodemokratie auch nicht einfach Verfallsform. In ihr verbinden sich große Gefahren und Chancen gleichermaßen.¹²

Das gilt auch für die unter Bedingungen der Risikodemokratie typische *Entgrenzung des Politischen*. Die Einhegung politischer Entscheidungen in den dafür vorgesehenen demokratischen Gremien, behandelt durch die zu diesem Zweck gewählten Politiker*innen, erscheint den zu Selbstbewusstsein gekommenen und sich auf die eigene Wahrnehmung und Urteilsfähigkeit verlassenden Bürger*innen zunehmend unzureichend.¹³ Darin liegt enormes Potenzial, da eine Demokratie inhaltsleer und müde zu werden droht, wenn sie sich allein auf geordnete Verfahren des Mehrheitsentscheids verlässt, die eine Art Garantie zu sein versprechen.¹⁴ Demokratie ist dann lebendig, wenn sie möglichst weitreichend im gesellschaftlichen Denken und Handeln verankert ist. Damit ist angezeigt, wieso Beck den Modernisierungsprozess bis in die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hinein als »demokratisch halbiert«¹⁵

12 Niklas Luhmanns Insistieren auf einer strengeren Unterscheidung von Risiko und Gefahr folgen wir hier entsprechend nicht (Luhmann 1990).

13 Mudde 2004: 554.

14 Dabei werden diese Verfahren gerade von rechtsradikaler Seite aus heute immer wieder unterlaufen, ja der Lächerlichkeit preisgegeben, siehe etwa die parlamentarischen Spiele der AfD beim Aufstellen von Kandidat*innen zur Bundestagsvizepräsidentenschaft oder bei der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen, wo sie entweder gewinnt oder aus der Niederlage politisches Kapital schlägt.

15 Beck 1986: 302; Herv. i. Orig.

bezeichnet. Er meint dies, so muss man ihn lesen, im doppelten Sinne: (1) Einerseits ist Demokratie in der Beteiligungsdimension halbiert, wenn sie allein auf den zentralen Entscheidungsprozeduren des politischen Systems basiert. Demgegenüber identifizierte Beck eine aufkommende »Subpolitik«¹⁶, also politische Artikulations- und Mitgestaltungsprozesse unterhalb der staatlichen Ebene, etwa in Form neuer sozialer Bewegungen. Politisierungen erfolgen demnach immer stärker auch jenseits der Regierungen, Parlamente und Parteien – eine Entwicklung, die nicht zuletzt befeuert wird durch das steigende kulturelle sowie kommunikative Gewicht sozialer online-Netzwerke (wofür die »Ereignisse« in Chemnitz im Sommer 2018 ein prägnantes Beispiel abgeben). In Chemnitz wurde aus einem Tötungsdelikt ein politisches Thema, das die (Stadt-)Gesellschaft auf die Straße bringt, in polarisierte Lager teilt, und das Leben in der Stadt entscheidend mitprägt. (2) Andererseits ist Demokratie in ihrem Geltungsbereich halbiert, wenn sie weite Gesellschaftsbereiche als demokratisch irrelevant deklariert und sie in entpolitisierte Form sich selbst überlässt (für Beck betraf dies insbesondere technische und ökonomische Entwicklungen). Doch das Politische dringt nicht nur aus seinen angestammten Institutionen in die Gesellschaft hinein, es stellt auch klassisch moderne Vorstellungen von der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in autonomen Funktionsbereichen infrage. Anforderungen zum Beispiel an politische Korrektheit und politische Verantwortungsübernahme dringen dann auch in alle Wirtschaftsbereiche, und sogar bis ins Chemnitzer Fußballstadion. In diesem Sinne ist die Entgrenzung aber immer auch riskant: Sie kann zu einer zunehmenden Demokratisierung führen, sie kann aber auch demokratische Errungenschaften untergraben, wenn sie auf bestimmten Arten der Politisierung fußt (oder ihrer notwendigen Kehrseite, der Entpolitisierung).¹⁷ Politisierung ist also nicht per se demokratieförderlich oder demokratiebeschädigend, das Politische ist vielmehr selbst politisch.¹⁸ Damit wird klar: Die Entgrenzung des Politischen ist nicht einfach nur ein Problem, es ist nicht »ausgebüxt« und möge bloß wieder eingefangen werden. Es ist ein Charakteristikum unserer Zeit, das man anerkennen und mit dem man umgehen muss. Doch erst ein demokratietheoretisches Denken, das die Nebenfolgen erfolgreicher De-

16 Ebd., 304ff.; Herv. i. Orig.

17 Der Rolle von (Ent-)Politisierung als Schlüssel zum Verständnis unserer Gegenwartsdemokratie geht auch der Band von Schäfer/Meiering 2020 nach.

18 Finlayson 2015.

mokratisierung in den Blick bekommt, ermöglicht eine fortlaufende Demokratisierung von Demokratie.

Unsere Studie über Chemnitz profitiert erkennbar stark von den Beck'schen Analysen, zugleich weicht sie in relevanter Hinsicht aber auch genau davon ab. Auf drei bedeutende Unterschiede möchten wir an dieser Stelle noch einmal besonders hinweisen.¹⁹ (1) Während Beck eine zunehmend dominante Rolle von *Expert*innen* identifiziert, die ihr überlegenes (naturwissenschaftliches oder ökonomisches) Wissen zur demokratisch bedenklichen technokratischen Steuerung nutzen, geht es uns gerade um die politischen Laien. Um die nicht spezifisch ausgebildeten, nicht zertifizierten, nicht statusbedingt herausgehobenen Bürger*innen also, die die politischen Geschicke selbst in die Hand nehmen. In dieser Hinsicht²⁰ herrscht im politischen Leben in Chemnitz nach den »Ereignissen« von 2018 nicht das unzugängliche Hinterzimmer, sondern zeigt sich vor allem eine (auch digitale) Entgrenzung der Öffentlichkeit. (2) Becks Paradebeispiel für die gezielte Risikoproduktion war der *Grenzwert*. Dieser meint eine artifizuell hervorgebrachte, pauschalisierte, anpassbare Kennzahl, mit der etwa Gesundheitsrisiken scheinbar beherrschbar gemacht werden: so und so viel Giftstoffe im Essen, im Wasser oder in der Luft toleriert der Körper. In eine ähnliche Richtung weist auch die quantitative Risikofolgenabschätzung: mit Wahrscheinlichkeit x tritt Ereignis y ein (dies ist zugleich Wesensmerkmal einer spekulierenden »Risikoökonomie«²¹). Das demokratische Risiko, das uns hier interessiert, ist zwar kaum sinnvoll derart quantifiziert darstellbar.²² Doch das Problem liegt vor allem in dem Umstand begründet, dass es gerade *kein* Bewusstsein gibt für den schmalen Grat zwischen demokratischen und undemokratischen Politisierungen – und dafür, dass nicht nur »die da oben«, sondern dass auch das eigene Verhalten zum Umkippen ins Antidemokratische beitragen kann. (3) Der aus unserer Sicht wichtigste Unterschied ist

19 Eine entsprechende Lücke besteht übrigens auch in anderen sozialwissenschaftlichen Forschungsarbeiten zum Thema Risiko, die viele Bereiche abdecken, aber gerade nicht die Demokratie (vgl. Münkler/Bohlender/Meurer 2010 a, 2010b).

20 Das gilt selbstredend nicht für alle Entwicklungen – gerade in der Coronapandemie können wir etwa eine nie dagewesene Deutungsmacht von Virolog*innen und ein Wiedererstarren staatlicher Autorität feststellen (aber auch entsprechende politisierende Gegenmomente).

21 Engel 2021.

22 Umgekehrt hat aber der allgemeine Trend zur Quantifizierung, wie in Mau 2017 festhält, sehr wohl Folgen für das demokratische Leben.

jedoch zuvor schon ausführlich zur Sprache gekommen: Viele der politischen Verwerfungen, die wir in der Gegenwart beobachten können, sind unserer Ansicht nach keine bloßen *Epiphänomene technischer oder naturwissenschaftlicher Entwicklungen* wie bei Beck, sondern Nebenfolgen genuin demokratischer Politik: Das Risiko kommt aus dem entgrenzten politischen Prozess selbst. Und damit kommen wir nun abschließend noch einmal explizit auf die Sache der Demokratie zu sprechen.

Denn unsere Studie trägt auch etwas bei zur Suche nach einem Demokratieverständnis, das der gegenwärtigen Gesellschaft angemessen ist. Gerade wenn man, wie wir es im Vorangegangenen getan haben, auf Politisierungen jenseits der klassischen politischen Institutionen blickt, kommt man mit den ebenso klassischen Bestimmungsgründen von Demokratie – etwa freie Wahlen und Rechtsstaatlichkeit – allein nicht viel weiter. Auch der Rückgriff auf Beck hilft hier nicht, für seine Arbeiten ist typisch, dass man in ihnen eindeutige Bestimmungen – sei es zum Begriff des Risikos, sei es zum Begriff der Demokratie – weitgehend vergeblich sucht.²³ Beck mag dafür seine Gründe gehabt haben (etwa der Erhalt von analytischer Flexibilität und Vielseitigkeit), ein Grundproblem liegt aber auch in der Sache selbst. Denn es ist alles andere als trivial und unproblematisch, den Begriff der Demokratie zu fixieren. Mehr noch: Der Versuch, ein neutrales, ewiggültiges, allumfassendes Demokratieideal zu entwerfen, droht selbst, in Essenzialismus abzugleiten. Vor diesem Hintergrund ist schlichtweg kein Modell einer perfekten Demokratie denkbar, in dem alle Widersprüche aufgehoben wären und anhand dessen alle möglichen Defizite mit dem Maßband abgemessen werden könnten. In dieser Hinsicht halten wir es also mit den radikalen Demokratietheorien, die von der Unmöglichkeit der endgültigen Fundierung und Fixierung, der beständigen Notwendigkeit von Neugründungen und der permanenten Infragestellung bestehender Demokratie ausgehen. Demokratisierung von Demokratie ist also immer nötig und immer möglich.²⁴

Für die Historikerin Hedwig Richter steht fest, dass Demokratie »sich nicht aus *einer* Idee [entwickelte], sondern aus einem ungeordneten Konglo-

23 Dies dürfte für sein gesamtes, sehr umfangreiches Werk gelten, auch und gerade für seine politikfokussierten Bücher wie »Politik in der Risikogesellschaft« (Beck 1991), »Die Erfindung des Politischen« (Beck 1993), oder »Die feindlose Demokratie« (Beck 1995)

24 Comtesse et al. 2019, Marchart 2010.

merat an Ideen und Praktiken, die sich oft genug widersprachen.«²⁵ Genau deshalb muss man sich – gelassen mit der Vorläufigkeit des eigenen Denkens umgehend – immer wieder aufs Neue um die der Gegenwart adäquate Bestimmung des Demokratischen bemühen und so schlicht versuchen, der Diskussion einen weiteren Gedanken hinzuzufügen. Ein solcher Gedanke könnte sich, das vermuten wir, entlang der Einsicht in die demokratische Relevanz der *Unterscheidungsfähigkeit* entfalten lassen. Man müsste dann der Frage genauer nachgehen: Wo verläuft die Grenze zwischen demokratischen und undemokratischen Politisierungen, was also macht politische Praxis zu einer *demokratischen* Praxis? Die vorläufige Antwort, die wir nach dieser Studie geben würden, nimmt den eingangs explizierten, dreiteiligen Begriff der Politisierung in Anspruch. Sie lautet: Demokratisch sind Politisierungen (bzw. Entpolitisierungen) dort, wo die drei konstitutiven Faktoren Kontingenz, Konflikt und Kollektivität auf eine Weise gehandhabt werden, die dem anti-essentialistischen Denkprinzip entspricht. Im Einzelnen heißt das, erstens: Das Prinzip, nach dem mit *Kollektivität* umgegangen wird, ist das *Gleichwertigkeitsprinzip*. Wo also – auch unter Anrufung von Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung im Namen der Demokratie – die Überlegenheit der eigenen sozialen Gruppierung systematisch auf Kosten einer anderen behauptet bzw. Unterwerfung gefordert wird, werden Politisierungen undemokratisch. Zweitens: Das Prinzip, das eine demokratische Umgangsweise mit *Konflikt* anleitet, ist das *Vernichtungsverbot*. Wo also politische Kontrahent*innen ihr Heil nur noch in der ideellen oder gar physischen Ausmerzung der jeweils anderen herbeisehen, verlassen sie die Sphäre der demokratischen Auseinandersetzung. Und schließlich, drittens: Das Prinzip, nach dem mit *Kontingenz* verfahren wird, ist das *Absolutheitsverbot*. Wo also Weltentwürfe, (politische) Positionen oder Gruppen absolut gesetzt werden, wo versucht wird, absolute Wesensunterschiede festzuschreiben, lässt man Demokratie hinter sich.

Was also tun, um die Chancen der Risikodemokratie zu nutzen, anstatt sich ihren Gefahren auszuliefern? Dazu braucht man sich nach unserer Überzeugung weltanschaulich kein Stück auf die radikale Rechte zuzubewegen, oder, wie es euphemistisch heißt, den »besorgten Bürgern« mehr Gewicht zu verleihen. Man muss aber auch die Wunschvorstellung aufgeben, durch einen verabsolutierenden Kampf das radikal Rechte ein für alle Mal ausmerzen und damit eine »gesäuberte« Demokratie schaffen zu können. In der Risikodemokratie brauchen wir beides: Wir dürfen einerseits den demokratisch inakzep-

25 Richter 2020, unsere Herv.

tablen Rechtsradikalismus nicht einfach gewähren lassen, sondern müssen ihm – politisierend – beherzt etwas entgegensetzen. Wir dürfen aber umgekehrt auch nicht in die Falle tappen, die gleichen essenzialisierenden Mittel zum Einsatz zu bringen. Denn so steigt das dialektische Risiko, der radikalen Rechten Auftrieb zu verleihen, sie als Kontrahent*innen aufzuwerten, ihnen Möglichkeiten zu geben, sich in einer breiten Öffentlichkeit auch noch als Opfer darzustellen. In der Folge wird die radikale Rechte nur allzu leicht vom offenkundigen Feind der Demokratie zu einer vermeintlich symmetrischen Gegenseite – ein hufeisenförmiger Schuh, den man sich lieber nicht anziehen sollte.

Fassen wir zum Schluss noch einmal zusammen: Wenn man, wie wir es hier getan haben, die Rolle der Politisierung betrachtet – welche *typischen Risiken* in der Risikodemokratie zeigen sich dann? (1) Politisierungen gehören zur Demokratie, sind aber auch unter Bedingungen des Allgemeinwerdens demokratischer Ideen keine normative Einbahnstraße: Da radikale Rechte, Gegenbewegungen und erklärtermaßen Unpolitische allesamt für sich ein demokratisches Selbstverständnis reklamieren, kann es passieren, dass demokratische mit *undemokratischen Politisierungen verwechselt* werden, die letztlich essenzialisierend eine Ungleichwertigkeit propagieren, und dadurch unwidersprochen bleiben oder gar noch unbewusst unterstützt werden. (2) Demokratische Politisierungen können *ungewollte Nebenfolgen* hervorbringen, wenn sie keinerlei Ambiguitätstoleranz aufweisen, also zu absolut und unerschütterlich von der Richtigkeit der eigenen partikularen Position ausgehen. Sie können dabei nicht nur selbst in den Essenzialismus abgleiten, sondern sowohl zur Geschlossenheit eines radikal rechten Lagers beitragen und besonders erbitterte Gegenreaktionen befeuern, als auch größere Teile der nicht polarisierten Öffentlichkeit abschrecken. (3) Das Politische kann sich der *Wahrnehmung entziehen*: Seine Anwesenheit ist gerade dort nicht immer erkennbar, wo erfolgreich Normalität produziert wird – etwa das Rekurren auf das allgemein Menschliche. Das Fernhalten von Politik verdeckt den ungemein politischen Charakter dieses Produktionsprozesses. Paradoxerweise können wir dadurch zugleich auch die problematische Abwesenheit von Politisierungsprozessen übersehen, die einer bestehenden demokratiegefährdenden Konstellation etwas entgegensetzen können. (4) Demokratie kann schließlich auch *zu selbstverständlich* werden. Wenn Demokratie unnötig erscheint, vor allem zur Belastung wird oder der Wunsch erlahmt, an ihr zu arbeiten, droht sie sich aus freien Stücken selbst abzuschaffen: Entweder weil demokratische Praktiken in Ermangelung von Beteiligung aussterben, oder weil anderen Kräften das

Feld überlassen wird. Eine latente Entpolitisierung unseres öffentlichen Lebens wird so zum veritablen Risikofaktor für eine lebendige Demokratie.

In dieser Studie diene uns die gerne unterschätzte Stadt Chemnitz nach den »Ereignissen« von 2018 als spannender, lehrreicher (und manchmal erschreckender) Mikrokosmos, als paradigmatischer Fall eines Gemeinwesens unter Bedingungen der Risikodemokratie, die erst ein Todesfall voll zum Vorschein gebracht hat. Ein Verbrechen ist zu einem wirkmächtigen Instrument der Politisierung geworden, und Chemnitz zum politischen Laboratorium – zur ereignishaften Manifestation der politischen Verhältnisse, wie wir sie in einer voll ausgebildeten Risikodemokratie erwarten können. Die Stadt bewegt sich an der Schwelle zwischen rechtsradikaler Hochburg, apolitischer Sehnsucht und europäischer Kulturhauptstadt. Sie kann und darf sich an diesem Scheidepunkt offenkundig nicht länger mit dem Gedanken an eine systemstabilisierende Mitte beruhigen, die lediglich aus ihrem politischen Dornröschenschlaf erweckt werden muss, um der Demokratie gegen ihre Verächter zum Sieg zu verhelfen. Die Mitte könnte sich vielmehr in Chemnitz – genauso wie an vielen anderen Orten der Welt – als eine politische Risikogruppe erweisen, die gar nicht mehr willens oder dazu in der Lage ist, sich für eine Seite zu entscheiden. Im Risiko liegt aber nicht nur eine Gefahr, sondern immer auch eine Chance: Wenn es im Zuge des Kulturhauptstadtprozesses gelingt, wirksame und nachhaltige demokratische Formen des Umgangs mit jenem Risiko zu entwickeln, dann könnte zugleich ein Modell von allgemeiner Bedeutung für die Demokratie entstehen. Wie der Weg auch aussehen mag, es wird sich daraus viel lernen lassen, weit über den hier analysierten Fall Chemnitz hinaus. Mindestens eine Sache scheint uns nach unserer Auseinandersetzung mit der Stadt nämlich klar zu sein: Politisierungen sind riskant – das größte Risiko für die Demokratie ist jedoch, sich dem schwierigen Ringen um demokratische Politik ganz entziehen zu wollen.